

PROFIL DAS MAGAZIN DER BUNDESTAGSFRAKTION GRÜN

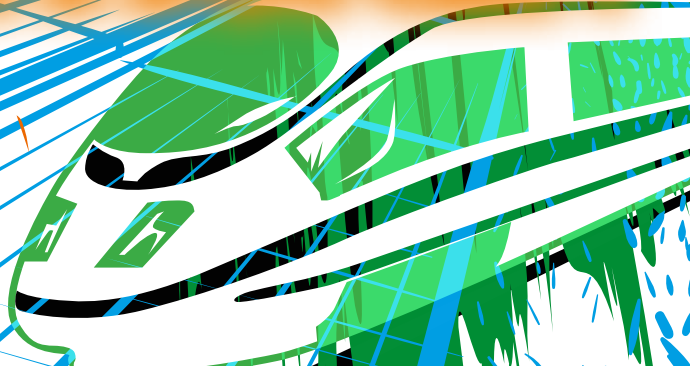
**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



Und jetzt:

ZUKUNFTS- INVESTITIONEN

12/19



ZUKUNFT GIBT ES NICHT ZUM NULLTARIF

Die Rettung des Klimas und damit unserer Lebensgrundlagen verlangt große Investitionen. Der Haushalt der Bundesregierung klebt stattdessen an Dogmen von gestern und knausert. Unsere „Haushälter“ Anja Hajduk und Sven-Christian Kindler präsentieren die grüne Investitionsoffensive. **Seite 4**

WAHLRECHT REFORMIEREN

Damit das Parlament arbeitsfähig bleibt, müssen wir das Wahlrecht ändern, sonst sitzen dort nach der nächsten Bundestagswahl bis zu 800 anstelle der vorgesehenen 598 Abgeordneten. Unseren Gesetzentwurf stellt Britta Haßelmann, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin, vor. **Seite 10**

POSTPUNK FÜR DEMOKRATIE

Sie geht keiner Diskussion aus dem Weg und in den Ohren darf es gerne krachen. Ein Porträt der Rechtspolitikerin Manuela Rottmann von Tim Meyer. **Seite 12**

WIR SIND JUNG UND BRAUCHEN DIE WELT

Die Jugend ist nicht politikverdrossen, sie weiß, was sie will, und sagt, was sie denkt. Kinder und Jugendliche sollen mitgestalten können, was sie betrifft, überall und repräsentativ. Unseren Antrag zur Jugendbeteiligung stellen Katja Dörner, Margit Stumpp und Beate Walter-Rosenheimer vor. **Seite 14**

AUS DEN ARBEITSKREISEN **Seite 18**

GRÜN UND GRÜNER

30 Jahre Mauerfall, Frauenpower für Europa, bye-bye Kerstin Andreae ... Fraktionsevents kurz vorgestellt. **Seite 22**

EDITORIAL



Foto: Stefan Kaminski

Während der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der friedlichen Revolution erinnerte ich mich an diesen einen Moment, als auf den Demonstrationen, inmitten der vielen Menschen, plötzlich die eigene Angst abfiel und einem neuen Gefühl Platz machte: Freiheit! Ohne Angst frei denken, sprechen, handeln! Die Erinnerung daran begleitet mich noch heute. Angst zu haben, ist menschlich. Aber wer resigniert, hat schon verloren. Wer die Angst überwindet, kann handeln und Zukunft gestalten.

Zukunft gestalten – was für eine Chance, wenn man sie annimmt. Doch die Bundesregierung scheitert daran krachend, agiert allenfalls verzagt, wagt nichts. Ihr Klimapaket reicht nicht, um die Klimaziele von Paris zu erreichen. Ungerecht ist es außerdem. Die angekündigten Investitionen ähneln dem Versuch, einen Teich mit einem Lappen aufzutrocknen. Mit Reparaturen ist es nicht getan.

Wir brauchen dringend große Investitionen in vielen Bereichen, um die notwendige Umstellung auf ein umweltverträgliches Wirtschaften zu bewältigen. Wir müssen die Schuldenbremse reformieren und der Zeit anpassen. Das Dogma der schwarzen Null muss weg. Wir brauchen Investitionen für die Gebäudesanierung, beim Verkehr und wir müssen umsteuern bei der Landwirtschaft. Die Digitalisierung gilt es zu gestalten und ihre Chancen zu nutzen. Wir brauchen endlich einen klimatauglichen Haushalt. Zukunft gibt es nicht zum Nulltarif. Wie wir es richtig anpacken, zeigt unser Titelthema.

Der gesellschaftliche Rückhalt für wirksamen Klimaschutz war nie größer als heute. Nicht zuletzt dank der Proteste bei „Fridays for Future“. Kinder und Jugendliche machen sich Sorgen um ihre Zukunft. Wenn das Bild von der politikverdrossenen Jugend überhaupt je gestimmt hat, ist es inzwischen überholt. Diese Jugend sagt klar und deutlich, was sie will: mitbestimmen. Es geht um ihre Zukunft und um unsere gemeinsame Gegenwart, um Verbindlichkeit über Generationen hinweg und nicht um nette Versprechen. Wir wollen neue Möglichkeiten finden, wie Kinder und Jugendliche sich Gehör verschaffen und mitgestalten können. Auch dazu mehr in diesem Heft.

Wir haben viel vor. Unsere Politik will Veränderungen möglich machen, damit die Welt von morgen noch lebenswert ist. Veränderungen machen Angst, wir können sie uns oft nicht aussuchen, aber wir können sie mutig und entschlossen gestalten. Das schaffen wir nur zusammen als Gesellschaft und wenn wir neugierig aufeinander bleiben. Eine große Aufgabe. Und es ist wunderbar, ein Teil davon zu sein.

In diesem Sinne

frohe Weihnachten und auf ein Neues

Katrin Göring-Eckardt
Fraktionsvorsitzende



ZUKUNFT GIBT ES NICHT ZUM NULLTARIF!

Wir leben in einer Zeit fundamentaler Veränderungen. Die Klimakrise und der digitale Wandel liegen als große Zukunftsaufgaben vor uns. Wir werden unsere Art, zu leben und zu wirtschaften, neu organisieren müssen, um unseren Wohlstand und den sozialen Zusammenhalt zu sichern. Und um den nachfolgenden Generationen ein gut bestelltes Haus zu hinterlassen. Mit einer Politik der schwarzen Null sind diese Herausforderungen nicht zu stemmen. Wir brauchen eine Investitionsoffensive.

Die Auswirkungen der Klimakrise sind immer stärker auch in Deutschland und Europa zu spüren, die Umweltbewegung „Fridays for Future“ und Millionen Menschen auf der Straße machen der Politik zu Recht Druck: Es ist allerhöchste Zeit zu handeln. Um die Klimakrise einzudämmen, müssen wir die Wirtschaft modernisieren und unsere Art zu produzieren umstellen. Mehr Wohlstand darf nicht zugleich mehr Verbrauch von Ressourcen bedeuten. Vor uns liegt eine Mammutaufgabe: Wir müssen unsere Energieversorgung und unsere Mobilität, unsere Häuser und Städte grundlegend neu organisieren. Ein umfassender Transformationsprozess, bei dem wir den sozialen Zusammenhalt nicht aus dem Blick verlieren dürfen. Denn ökologischer Umbau und soziale Gerechtigkeit gehören für uns Grüne im Bundestag untrennbar zusammen.

Auch die Digitalisierung wird alle Lebensbereiche verändern – ob Arbeit, Wirtschaft oder Bildung. Wir müssen diesen digitalen Wandel aktiv mitgestalten, um die Fäden in der Hand zu halten und selbstbestimmt zu bleiben. Deshalb brauchen wir mehr Innovationen, damit Deutschland nicht den Anschluss verliert. Denn zentrale Innovationen wie künstliche Intelligenz und digitale Geschäftsmodelle sind für unsere wirtschaftliche Zukunft entscheidend.

INVESTITIONSOFFENSIVE STATT SCHWARZER NULL

Um die Herausforderungen zu meistern und den Wandel positiv zu gestalten, benötigen wir eine moderne zukunftsfähige Infrastruktur: mehr Verkehr auf der Schiene statt auf der Straße und einen verlässlichen öffentlichen Nahverkehr, ausreichend Ladesäulen für Elektroautos und Glasfasernetze für schnelles Internet. Wir müssen die Forschung an neuer Wasserstoff-Antriebstechnik vorantreiben, damit energieintensive Industrien wie Stahlherzeu-

gung und chemische Industrie über klimafreundlichere Energiequellen verfügen, aber auch um alternative Antriebe für Schiffe, Bahnen, Lastwagen oder Flugzeuge zu entwickeln. Wir müssen Anreize für die energiesparende Sanierung von Gebäuden setzen, um zum Beispiel Öl- und Gasheizungen durch klimaverträglichere Modelle zu ersetzen. Wir müssen mehr Anstrengungen unternehmen, um unsere Wälder und Flüsse für den Klimawandel zu rüsten, und den Umbau zu einer klimagerechteren Landwirtschaft forcieren. Daneben gilt es, die öffentlichen Einrichtungen in Bildung und Kultur zu sanieren und instand zu halten: Schulen und Kitas, Theater, Schwimmbäder und Sporthallen. Denn eine flächendeckend gute öffentliche Infrastruktur ist essenziell für eine gerechtere und zukunftsfähige Gesellschaft.

Doch gute Zukunft gibt es nicht zum Nulltarif. Wir müssen heute handeln, um das Morgen zu gestalten. Die Haushaltspolitik spielt dabei eine zentrale Rolle.

KLIMAPAKET STATT PÄCKCHEN!

Die Bundesregierung unter Angela Merkel kocht dagegen auf Sparflamme. Statt des groß angekündigten Klimapakets hat sie ein Klimapäckchen verabschiedet. Es reicht weder aus, um die von ihr selbst zugesagten Pariser Klimaziele zu erreichen, noch ist es sozial gerecht. Die darin angekündigten Investitionen in den Klimaschutz bestehen zur Hälfte aus bereits geplanten Ausgaben. Die zusätzlichen Ausgaben belaufen sich auf gerade einmal 25 Milliarden Euro in vier Jahren. Das klingt nach viel, doch es ist bei Weitem nicht genug: Notwendig und möglich wären mindestens 100 Milliarden Euro. Auch bei Investitionen in anderen Bereichen knausert die Bundesregierung. In ihrem aktuellen Haushaltsentwurf friert sie die Investitionen ein. Dabei wurde in den letzten Jahrzehnten in Deutschland bereits auf Verschleiß gefahren. Lag die öffentliche Investitionsquote noch Anfang der 70-er Jahre bei beinahe fünf Prozent der Wirtschaftsleistung, so ist es heute nur noch rund die Hälfte. Europaweit rangiert Deutschland bei den Investitionen auf dem fünftletzten Platz. Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, gleicht das einer Kapitulation. Wir müssen diesen Investitionsstau beenden. Im kommenden Jahrzehnt brauchen wir eine Investitionsoffensive. Genau das haben wir in den Haushaltsberatungen beantragt.

FALSCH PRIORITÄTEN

Aus Sicht der Bundesregierung fehlt für mehr Investitionen das Geld. Das liegt allerdings daran, wie sie die Prioritäten setzt. Sie will keine neuen Kredite aufnehmen, um die schwarze Null zu halten. Die schwarze Null ist jedoch nirgends gesetzlich festgeschrieben, sie folgt nur noch einem politischen Selbstzweck. Rechtlich bindend ist dagegen die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse. Sie erlaubt der Regierung durchaus, neue Schulden aufzunehmen, allerdings nur bis zu einer bestimmten Höhe. Gegen neue Schulden wird oft argumentiert, sie würden kommende Generationen ungerecht belasten. In diesem Gedanken wurde auch die Schuldenbremse in das Grundgesetz aufgenommen. Es war aus unserer Sicht richtig, dass sich Deutschland Regeln gegeben hat, die dafür sorgen, dass es nicht zu exzessiver Verschuldung der öffentlichen Hand kommt. Das hat – gemeinsam mit der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – geholfen,

die Verschuldung einzudämmen. In Deutschland ist die Schuldenquote so von 80 Prozent auf unter 60 Prozent der Wirtschaftsleistung zurückgegangen. An diesem Erfolg wollen wir festhalten.

KNAUSERN KOMMT TEUER

Allerdings steht unser Land jetzt vor einer anderen Situation. Die Herausforderungen der Klimakrise wie auch eine über Jahre hinweg vernachlässigte Infrastruktur verlangen nach neuen Antworten. Denn kommende Generationen werden auch unter den Folgen leiden, wenn wir jetzt notwendige Investitionen unterlassen. Die katastrophalen Auswirkungen der Klimakrise sind das eindringlichste Beispiel dafür. Wenn wir nicht alles tun, um sie noch einzudämmen, berauben wir unsere Nachkommen ihrer Lebensgrundlagen. Zu den Folgewirkungen gehören auch erhebliche Strafzahlungen, die auf Deutschland zukommen, wenn es seine Klimaziele verfehlt. Diese Kosten können sich auf hohe zweistellige Milliardenbeträge summieren. Schulden von morgen sind darüber hinaus auch marode Brücken und verlotterte Spielplätze, fehlende Bahntrassen oder schlechte Internetabdeckungen. All das macht deutlich: Fehlende Investitionen der Vergangenheit haben sich inzwischen zu einem enormen Schuldenberg aufgehäuft. Den sieht man zwar im Haushalt nicht, doch unsere Kinder und Enkel werden dieses Erbe teuer bezahlen müssen.

Aus aktueller Sicht kommt den öffentlichen Investitionen noch eine andere wichtige Aufgabe zu: die Stärkung der Konjunktur. Auch hier hat sich die Lage verändert, denn die Zeiten ungetrübten Wirtschaftswachstums scheinen vorbei, die Konjunkturprognosen wurden in den letzten Monaten mehrfach nach unten korrigiert. Risikofaktoren sind insbesondere der bevorstehende Brexit, die Handelskonflikte der USA mit China und der EU sowie die starke Exportorientierung der deutschen Wirtschaft. Mit Blick auf diese wirtschaftlichen Gefahren wirken höhere staatliche Investitionen als bester Stabilisator. Und sie führen heraus aus der Niedrigzinsphase.

Die schwarze Null wird zur Abwärts spirale

DIE GRÜNE INVESTITIONSOFFENSIVE

Wir Grüne im Bundestag wollen der Angst und Verzweiflung von CDU, CSU und SPD mit unserer Investitionsoffensive Mut und Optimismus entgegensetzen. Die Rettung unseres Klimas, die Gestaltung der Digitalisierung und eine moderne öffentliche Infrastruktur haben ihren Preis. Aus unserer Sicht ist es ökologisch und ökonomisch sinnvoll, diese Investitionen auch durch Kreditaufnahme zu finanzieren. Wer sich auf Kosten der Zukunft an die schwarze Null klammert, handelt verantwortungslos. Wenn wir jetzt beherzt anpacken, sind die aktuellen Herausforderungen auch eine riesige Chance, um nachhaltigen Wohlstand zu generieren. Diese Veränderungen dürfen jedoch nicht zulasten von Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der Gesellschaft gehen, dafür wollen wir Sorge tragen.

KLIMASCHUTZ DARF KEINE FRAGE DES GELDBEUTELS SEIN

Beispiel CO₂-Preis. Dieses Instrument ist wichtig für den Klimaschutz, für uns ist es aber von zentraler Bedeutung, es sozial gerecht zu gestalten. Das heißt, der Staat soll darüber keine neuen Einnahmen generieren, sondern die Gelder für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und für wirksamen Klimaschutz in der Wirtschaft verwenden. Konkret schlagen wir vor, mit den Einnahmen die Stromsteuer zu senken und zusätzlich ein Energiegeld pro Kopf direkt an die privaten Haushalte zurückzuerstatten. Bei einem Einstiegspreis von 40 Euro pro Tonne CO₂ ergibt das ein Pro-Kopf-Energiegeld von etwa 100 Euro. Bereits ab 2020 soll der Preis auf 60 Euro pro Tonne steigen, das ermöglicht ein Energiegeld von 175 Euro pro Person. Es soll auch bei denjenigen ankommen, die Transferleistungen wie das Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen. Zudem profitieren davon alle Haushalte durch niedrigere Stromkosten. Durch diese Rückverteilung entlasten wir vor allem Geringentlohnte und Familien. Darüber hinaus wollen wir zielgenaue Förderprogramme auflegen, die gerade Menschen mit niedrigem Einkommen helfen, auf klimaverantwortliche Alternativen umzusteigen.

NEUE GESCHÄFTSMODELLE ALS MOTOR DES WANDELS

Ökonomischer Erfolg und Klimaschutz sind kein Widerspruch, im Gegenteil: Investitionen in Klimaschutz sind Investitionen in die Zukunft. Sie schaffen werthaltige Wirtschaftsgüter wie Stromnetze oder Ladeinfrastruktur, mit denen sich Einnahmen erzielen lassen. Das gilt auch für Breitband, für Internet und vieles andere mehr. Um diese Investitionen effizient zu tätigen, wollen wir sie jeweils in öffentlichen Investitionsgesellschaften bündeln, darüber finanzieren und stringent verwalten. Denn die Verschuldung von öffentlichen Gesellschaften wie zum Beispiel der Bahn, von Wohnungsbaugesellschaften oder öffentlichen Krankenhäusern unterliegt nicht der Schuldenbremse. Das gilt gleichermaßen für neue Investitionsgesellschaften. Sie sollen genau dort investieren, wo der Wandel nötig ist.

So könnte der Bund zum Beispiel eine Ladesäulengesellschaft gründen, die die E-Mobilität in Deutschland voranbringt. Natürlich müssen diese Gesellschaften gut überwacht und durch demokratische Beteiligung kontrolliert werden. Ihre Entscheidungen und Mittelverwendung müssen für Parlament und Öffentlichkeit transparent sein. Die Privatisierung dieser Gesellschaften wollen wir dauerhaft ausschließen, damit öffentliches Vermögen auch öffentlich bleibt. Wir wollen sie zudem mit genügend Eigenkapital ausstatten, damit sie sich wie private Unternehmen auch am Finanzmarkt zusätzliches Kapital besorgen und die schrittweise Tilgung dieser Kredite organisieren können. Der Bund gibt für die Kreditaufnahme eine Staatsgarantie, damit haben die Gesellschaften die gleichen niedrigen Zinsen wie der Bund.

MEHR SPIELRAUM FÜR ZUKUNFTSINVESTITIONEN

Zudem wollen wir die Schuldenbremse im Grundgesetz weiterentwickeln und sie mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpfen. Für Nettoinvestitionen soll demnach eine Neuverschuldung bis zu einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) möglich sein, solange der Schuldenstand unter der Maastricht-Marke von 60 Prozent liegt. Durch unseren Vorschlag dürfte der Bund im Durchschnitt zusätzliche Kredite von etwa 35 Milliarden Euro pro Jahr aufnehmen. Diese Gelder wollen wir in einen Bundesinvestitionsfonds überführen, der als Sondervermögen im Bundeshaushalt nicht dem Jahrestakt des Haushalts unterliegt. Dazu streben wir eine Änderung des Grundgesetzes an.

UMSTEUERN: WENIGER SCHÄDLICH, MEHR FÖRDERLICH

Darüber hinaus könnten wir durch eine andere Haushaltspolitik schon heute Einnahmen generieren und das Klima entlasten. Denn trotz besseren Wissens fördert die Bundesregierung weiter Plastiktüten, die konventionelle Agrarindustrie und den Flugverkehr. Kriminelle Umweltzerstörer lässt sie, wie im Dieselskandal, einfach gewähren. Vorrangig wäre es also, diese umwelt- und klimaschädlichen Subventionen abzubauen und damit eklatante Fehlanreize zu verringern. Dadurch würden Mittel für mehr Klimaschutz in Energie, Verkehr und Landwirtschaft frei. Gezielte Förderprogramme sollten die Transformation erleichtern, öffentliche Investitionen in den ÖPNV, den Radverkehr und die Schiene den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität befördern.

HAUSHALTPOLITIK IN GLOBALER VERANTWORTUNG

Zu gerechter Haushaltspolitik gehört auch, mehr Verantwortung für internationale Gerechtigkeit zu übernehmen und dies entsprechend zu finanzieren. Die öffentlichen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit sollen nach unserer Vorstellung 0,7 Prozent des jährlichen Bruttonationaleinkommens erreichen, dafür braucht es jährlich ein stärkeres Wachstum der Haushaltsmittel. Eine zentrale weltweite Gerechtigkeitsfrage ist auch die Bewältigung der Klimakrise, der globale Norden steht hier dem Süden gegenüber in der Verantwortung. Wir wollen im Haushalt 2020 für diese Aufgaben zwei Milliarden Euro zusätzlich investieren.

Kluge Haushaltspolitik kann der Klimakrise und der schleichenden Vernichtung unserer Lebensgrundlagen, dem Artensterben und der Zerstörung des Waldes entgegenwirken. Gleichzeitig stellen wir so die Weichen für eine zukunftsfähige Wirtschaft und die Sicherung unseres Wohlstands. Wir brauchen jetzt den Mut und den Willen, in diese Zukunft auch zu investieren.

www.gruene-bundestag.de/haushalt

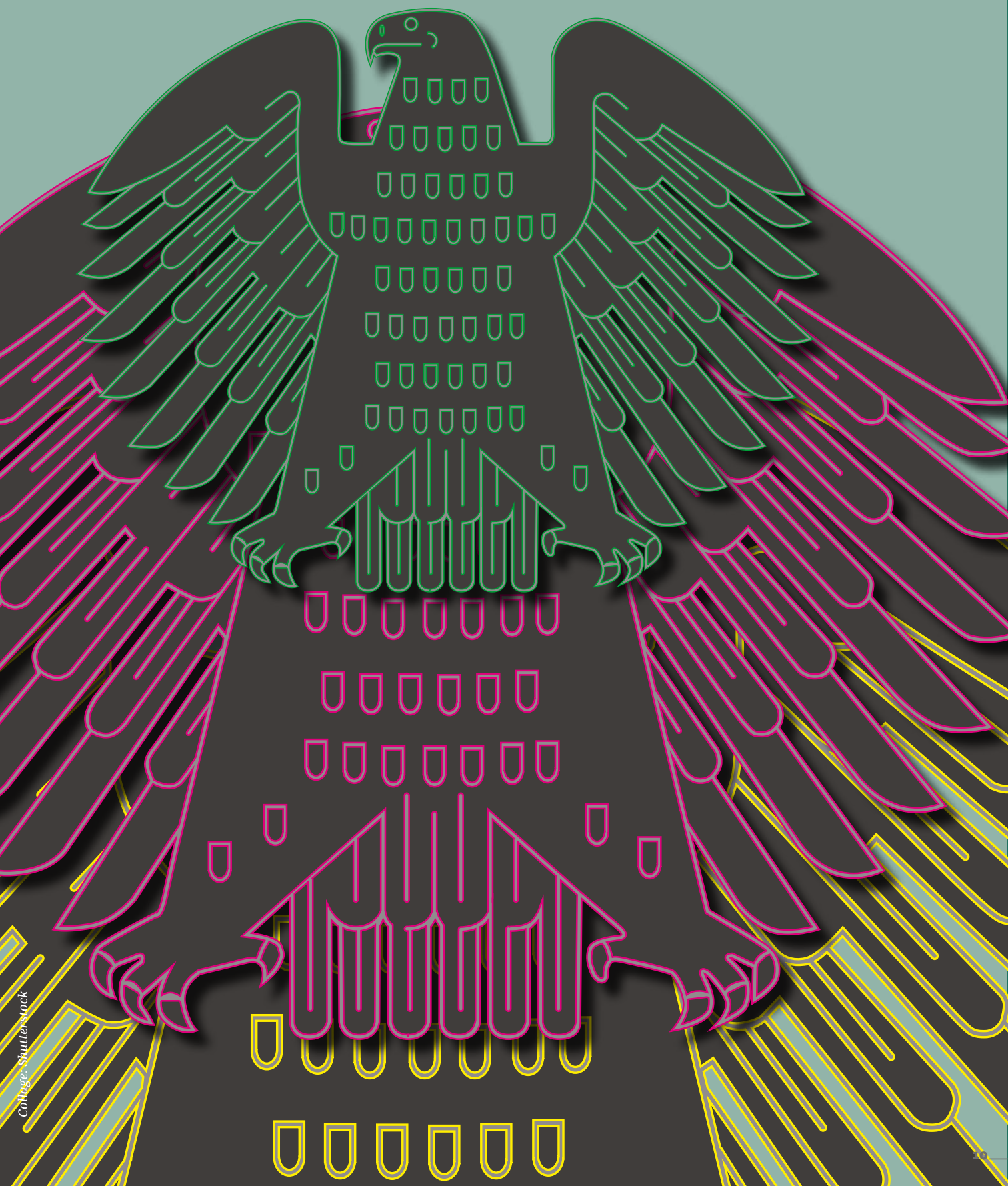


ANJA HAJDUK
Stellv. Fraktionsvorsitzende



SVEN-CHRISTIAN KINDLER
Sprecher für Haushaltspolitik

WAHLRECHT REFORMIEREN, Bundestag verkleinern.



VON BRITTA HABELMANN

Mit 709 Abgeordneten ist der 19. Deutsche Bundestag das größte Parlament in der Geschichte der Bundesrepublik. Maßhalten ist leichter gesagt als getan. Vor allem, weil sich CDU/CSU und SPD einer Reform bisher verweigern.

Zu Beginn dieser Legislaturperiode haben sich die Fraktionen unter Leitung von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble zusammengesetzt, um über eine Verkleinerung des Bundestages zu beraten – leider ohne Ergebnis. Wir brauchen ein Parlament, das den Wählerwillen widerspiegelt und arbeitsfähig ist. Die Bürgerinnen und Bürger sollen versichert sein, dass jede Stimme gleich viel wert ist. Gemeinsam mit FDP und Linken haben wir deshalb im November einen Gesetzentwurf für eine Wahlrechtsreform in den Bundestag eingebracht.

Bislang hat leider die Union eine Verständigung zum Wahlrecht blockiert. Sie war nicht bereit, sich auf echte Lösungen einzulassen. Und auch die SPD konnte oder wollte sich nicht konkret in Verhandlungen über eine Wahlrechtsreform einbringen. Trotz dieser Blockade wollen wir nichts unversucht lassen, noch in dieser Legislaturperiode eine Wahlrechtsreform auf den Weg zu bringen.

WARUM DER BUNDESTAG IMMER GRÖßER WIRD

Laut Wahlgesetz sollen 598 Abgeordnete im Bundestag vertreten sein, doch die letzten Bundestagswahlen ließen das Parlament stetig größer werden – 2013 waren es schon 630 Abgeordnete, seit 2017 liegt ihre Zahl bei 709 und gemessen an aktuellen Umfragewerten könnten es nach der nächsten Bundestagswahl weit über 700 werden. Der Grund für den enormen Aufwuchs sind die Überhangmandate. Diese kommen zustande, wenn Parteien über die Erststimme mehr Direktmandate erhalten, als ihnen nach dem Ergebnis ihrer Zweitstimmen zustehen. Die Überhangmandate ziehen wiederum Ausgleichsmandate bei den anderen Fraktionen nach sich, um das Verhältnis entsprechend dem Zweitstimmenergebnis wiederherzustellen. Aber auch das Sitzkontingentverfahren – ein Rechenschritt vor der tatsächlichen Sitzzuteilung – führt zur Erhöhung der Mandatszahl.

VORSCHLAG LIEGT AUF DEM TISCH

Ausgangspunkt aller Überlegungen – auch unserer – für eine Wahlrechtsreform ist das personalisierte Verhältniswahlrecht. Die Sitzverteilung im Bundestag muss das Ergebnis der Zweitstim-

men eindeutig widerspiegeln. Es soll gewährleistet sein, dass jede Stimme gleich viel wert ist. Dieses System hat sich bewährt, es ist den Bürgerinnen und Bürger vertraut, wird in der Bevölkerung getragen und akzeptiert und stößt auf breiten politischen Konsens.

Unser Vorschlag setzt bei der Vermeidung von Überhangmandaten an. Die Zahl der Wahlkreise wird von 299 auf 250 verringert, die Gesamtsitzzahl der Sitze moderat auf 630 erhöht. Damit gehen wir das Problem an der Wurzel an. Wenn es weniger Wahlkreise und damit weniger Direktmandate gibt, reduziert das auch die Zahl der Überhangmandate. Eine Wahlkreis-kommission soll innerhalb von drei Monaten einen Vorschlag zu einem Neuzuschnitt der Wahlkreise erarbeiten, über den der Bundestag abstimmen wird.

Zudem halten wir es für sinnvoll, das Sitzkontingentverfahren abzuschaffen. Um eine dauerhafte Verkleinerung des Bundestages zu erreichen, nehmen wir dabei mögliche Beeinträchtigungen des Proporz zwischen den Bundesländern hin. Es kann also passieren, dass Überhangmandate des einen Bundeslandes ausgeglichen werden, indem Listenmandate eines anderen Bundeslandes nicht vergeben werden.

Unser Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform liegt auf dem Tisch, er trifft alle Parteien proportional in gleichem Maße. Jetzt heißt es für die Regierungsfraktionen, Farbe zu bekennen. Wir fordern CDU/CSU und SPD auf, sich auf eine Wahlrechtsreform einzulassen, die auf der Grundlage des personalisierten Verhältniswahlrechts dem Wählerwillen gerecht wird und die Arbeitsfähigkeit des Parlaments wahrt.

www.gruene-bundestag.de/wahlrecht



BRITTA HABELMANN
Erste Parlamentarische
Geschäftsführerin

Zuhören, streiten, verstehen, handeln. Die Rechtspolitikerin Manuela Rottmann will eine Ansprechpartnerin auf Augenhöhe sein. Und in den Ohren darf es gerne mal krachen.

Postpunk für Demokratie

TEXT: TIM MEYER, FOTO: STEFAN KAMINSKI

Dunkelblaues Sakko, alles ganz streng und ordentlich. Klassischer Auftritt einer Rechtspolitikerin oder nur schlichte Uniform einer Frau, der es um mehr geht, als sich selbst besonders gut zu verkaufen?

Vom Äußeren sollte man sich bei Manuela Rottmann nicht täuschen lassen. „Ich bin ein Kind des Postpunk: Pixies, Pavement, Nick Cave“, erklärt die promovierte Juristin. „Mit Gitarrenrock konnte ich nichts anfangen, auch optisch nicht.“ Popkultur hilft ihr als Teenager, einen Platz in der Welt zu finden. Als Gegenentwurf zur Mehrheitsmeinung, weil sie Dinge erzählt, die Worte allein nicht beschreiben können, und die man als junger Mensch noch nicht kennt – emotional und ästhetisch.

Sie wächst auf dem Land auf, in Unterfranken, wo die 47-Jährige heute ihren Wahlkreis hat. „Für mich war es das richtige Biotope“, sagt Manuela Rottmann. Dort gibt es keine Blase, wo alle einer Meinung sind. Gut, denn sie mag es nicht zu harmonisch. Schon als Schülerin engagiert sie sich politisch. „Ich bin keiner Diskussion aus dem Weg gegangen“, erzählt sie. „So behält man einen geraden Rücken.“

Dann will sie aber raus. Das Jura-Studium in Frankfurt empfindet sie als Glücksfall, der linksliberale Fachbereich ist damals einzigartig in Deutschland. „Man hat uns ermuntert, auf das bessere Argument zu vertrauen und sich die Grenzen des Systems bewusst zu machen.“

Sie lernt Rechtswissenschaft als Ordnung fürs Streiten kennen. „Mit der leichten Streitsucht aus meiner Jugend passte das gut zusammen. Ich bin leidenschaftlich gerne Juristin.“

2006 macht sie etwas ganz anderes und wird Dezernentin für Umwelt und Gesundheit der Stadt Frankfurt am Main. Aktiv bei den Grünen ist sie schon mit 18, aber jetzt hauptamtlich. Ein Job mit großer Verantwortung: „Du stehst täglich mit einem Bein im Knast“, erzählt sie. „Die Baumkontrolle nicht richtig gemacht, ein Ast bricht ab und einer kann sterben.“

Sie lernt es zu lieben, für die Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten, denen man jeden Tag auf der Straße begegnet: „Ich muss so handeln und Politik machen, dass ich den Menschen in die Augen sehen kann.“ Das ist fordernd und manchmal auch überfordernd.

Nach sechs Jahren reicht es ihr. Weil sie nicht ewig Berufspolitikerin bleiben und mehr Zeit für ihren kleinen Sohn haben will. Sie geht zur Netz AG der Deutschen Bahn, wo sie sich als juristische Referentin um Verfahren über die Höhe der Trassenpreise kümmert. Nach fünf Jahren kennt sie sich auch dort gut genug aus. Zeit, wieder etwas anderes zu machen. 2017 gelingt Manuela Rottmann der Einzug in den Bundestag. Hier ist sie Obfrau im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und Mitglied im Petitionsausschuss. Ihr Ziel: „Die Bürgerinnen und Bürger müssen das Gefühl haben: Der Rechtsstaat ist für mich da.“

Als Beispiel nennt sie die Musterfeststellungsklage. „Wenn ich jemanden wie VW verklagen will, stößt unser Recht an Grenzen“, erläutert sie. „Die Zivilprozessordnung ist 140 Jahre alt. Ein Gerichtsstreit zwischen einzelnen Bürgern auf der einen und Unternehmen mit sehr großen Rechtsabteilungen auf der anderen Seite war da nicht vorgesehen.“ Leider sei die Musterfeststellungsklage der Bundesregierung eher ein stumpfes Holzschwert als eine scharfe Klinge gegen mächtige Konzerne.

Nicht nur der Zustand unseres Rechts, sondern auch unserer Demokratie bewegt Manuela Rottmann. Wenn sich die Menschen von der Demokratie abwenden, sei der Bundestag in der Pflicht zu handeln. Es zu beklagen, reicht ihr nicht. „Wir Abgeordnete müssen uns fragen: Sind wir ehrlich, erklären wir unsere Arbeit gut genug und sind wir bereit, bei uns selbst Abstriche zu machen?“ Eine Wahlrechtsreform für die Verkleinerung des Bundestags wäre eine solche Möglichkeit, unter Beweis zu stellen, dass man nicht am eigenen Mandat klebt. „Das Parlament hat eine Riesenverantwortung. Davor dürfen wir uns nicht drücken.“

Manchmal hat sie Angst, dass es schon zu spät ist. Dass sich schon zu viele Menschen nicht mehr gehört fühlen und vom Staat abwenden. „Dann sehe ich ‚Fridays for Future‘ und denke, wir müssen unserem Schöpfer danken, was für kluge und streitbare junge Leute wir haben. Die Gesellschaft ist ein Schatz“, sagt Manuela Rottmann. „Das gibt mir Hoffnung.“

BIOGRAFIE:

- Seit 1991 Mitglied bei Bündnis 90/ Die Grünen
- 1998 – 2000 Mitglied im Bundesparteirat von Bündnis 90/die Grünen
- 2006 – 2012 Dezernentin für Umwelt und Gesundheit der Stadt Frankfurt
- 2012 – 2017 Juristische Referentin der DB Netz AG Frankfurt
- Seit 2017 Abgeordnete im Deutschen Bundestag, Obfrau im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

JUGENDBETEILIGUNG

VON MARGIT STUMPP, KATJA DÖRNER, BEATE WALTER-ROSENHEIMER

„Wir sind jung und brauchen die Welt.“

Foto: REUTERS/Thilo Schmuelgen

Wenn junge Menschen der Politik nicht mehr vertrauen, muss sich die Politik ändern, nicht die Jugend. Zuhören und neue Formen echter Beteiligung sind gefragt.

Berlin, 20. September 2019, 11:55 Uhr:

Das Berliner Regierungsviertel ist in ein Meer aus bunten Schildern und Transparenten getaucht. „Euch gehen die Ausreden aus, uns die Zeit“ oder „Wir sind jung und brauchen die Welt“ ist darauf zu lesen. Menschen tanzen, trommeln, lachen und diskutieren. Bässe wummern von der improvisierten Bühne eines Kleinlasters. Vor dem Reichstag skandiert eine Gruppe Schüler „hopp, hopp, hopp, Kohlestop“. Die Sprechchöre schwellen an, die Menge beginnt zu hüpfen. Einige Meter weiter steht eine junge Frau in gelbem Regenmantel. „Ich bin so sauer, ich hab sogar ein Schild gebastelt“ steht auf dem alten Pizzakarton, den sie lachend in den Himmel streckt.

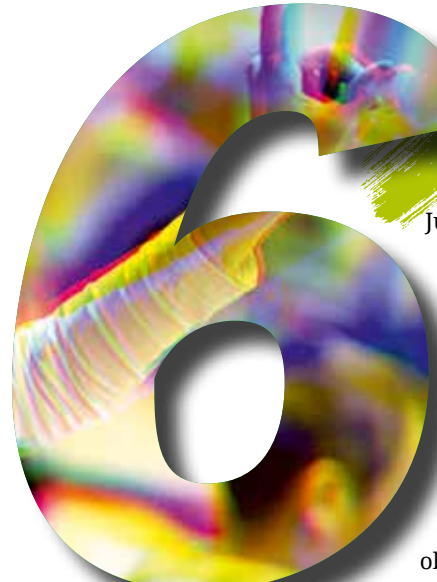
An diesem Freitag sind rund um den Globus Hunderttausende dem Aufruf zum weltweiten Klimastreik gefolgt. Allein in Berlin, zwischen Brandenburger Tor und Reichstagsgebäude, demonstrieren nach Angaben der Polizei 270.000 Menschen. Im Kanzleramt, nur einen Steinwurf entfernt, verhandelt zur gleichen Zeit die Bundeskanzlerin mit ihrem Kabinett über konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz. Das Ergebnis, so wird sich später herausstellen, ist desaströs und grenzt an Realitätsverweigerung.

DIE WISSEN, WAS SIE WOLLEN

Der weltweite Aktionstag des Bündnisses „Fridays for Future“ ist der vorläufige Höhepunkt einer globalen Jugendbewegung, die noch vor Kurzem niemand für möglich hielt. Alles begann am 20. August 2018, dem ersten Schultag nach den schwedischen Sommerferien. Die damals 15-jährige Schülerin Greta Thunberg stellte sich mit einem Schild „Schulstreik für das Klima“ vor das Parlament in Stockholm. Es scheint, als hätte die Jugend nur auf dieses Signal gewartet. Rund ein Jahr später wird die Welt Zeuge der größten Klimaproteste aller Zeiten. Die Klimakrise ist das Thema der Stunde.

Und noch etwas anderes ist in den letzten Monaten passiert: Das Bild von der vermeintlich politikverdrossenen Jugend stimmt nicht mehr. Wer an diesem Freitag in die vielen jungen Gesichter vor dem Brandenburger Tor blickt, sieht eine Generation, die sehr genau weiß, was sie will, und laut sagt,

WAHLALTER?



„...pien fungieren“, so hat es der Jugendforscher Klaus Hurrelmann vor Kurzem in einem Interview beschrieben. Die politischen Organisationen der Nachkriegszeit? Zu alt, zu verstaubt, zu unbeweglich. Diese Einschätzung passt zu einer weiteren Erkenntnis der Shell-Studie. Viele junge Menschen fühlen sich demnach von der Politik nicht ernst genommen – und das, obwohl sie sich einbringen wollen.

was sie denkt. Hier demonstrieren engagierte junge Menschen, die nicht länger hinnehmen, dass untätige Politikerinnen und Politiker ihre Zukunft verspielen. Dafür nehmen sie auch persönliche Konsequenzen in Kauf, Schulverweise zum Beispiel. Das verdient Respekt und macht Mut in einer Zeit, in der die Demokratie von rechts zunehmend infrage gestellt wird.

JUGEND IN BEWEGUNG

Die Ergebnisse der aktuellen Shell-Jugendstudie bestätigen, dass sich die Klagen über eine unpolitische Jugend tatsächlich erledigt haben dürften. Die Jugend von heute meldet sich zu Wort. Sie legt großen Wert auf Umwelt- und Klimaschutz, sie blickt meist optimistisch in die Zukunft und ist mehrheitlich liberal und tolerant. Eine gute Nachricht – nicht nur für uns Grüne im Bundestag. Trotzdem finden auch rechtspopulistische Aussagen unter Jugendlichen in Deutschland Zustimmung. In Thüringen hat sich das gerade erst an den Wahlurnen gezeigt. Mit 24 Prozent Stimmenanteil war die AfD bei den unter 30-Jährigen stärkste Kraft. Nirgendwo wählte die Jugend bisher so rechts wie hier. Auch das ist Teil der deutschen Realität im Jahr 2019.

Wie passt das zusammen? Auf der einen Seite steht ein gutes Drittel gebildeter und engagierter junger Menschen, die mit leidenschaftlichem Engagement die politische Agenda beeinflussen. Auf der anderen Seite sehen wir dagegen solche, die unsicher in die Zukunft schauen, die Angst haben, keinen Job zu finden, und anfällig für populistische Thesen sind. Die Antwort ist also vielschichtig. Klar ist, dass es die eine Jugend nicht gibt. Was beide Gruppen aber eint, ist ihr geringes Vertrauen in die Institutionen der Demokratie. Parteien sind für jüngere Leute „riesige, fremdartige Apparate, die nach bürokratischen Prinzi-

Sowohl die Klimaproteste der Bewegung „Fridays for Future“ als auch die Erkenntnisse der Shell-Jugendstudie sind damit gleich ein doppelter Auftrag an die Politik. Denn es gilt, die einen nicht zu verlieren und die anderen zurückzugewinnen. Deshalb ist das Klimapäckchen der Bundesregierung nicht nur in der Sache völlig unzureichend, sondern es besteht auch die Gefahr, dass sich junge Menschen frustriert von der Demokratie abwenden, wenn sie spüren, dass ihr Ruf ungehört verhallt und ihr Engagement ohne Wirkung bleibt.

MITWIRKUNG MIT WIRKUNG

Wir Grüne im Bundestag hingegen wollen, dass Kinder und Jugendliche mitgestalten können, was sie betrifft – überall und repräsentativ. Wir sind überzeugt, dass demokratische Werte und Rechte von klein auf vermittelt und erlebbar werden müssen – in der Kindertagesstätte, der Schule und Jugendeinrichtung, im Ausbildungsbetrieb oder an der Hochschule. Die Möglichkeiten zur Mitwirkung müssen sich an den Lebenswelten der Kinder und jungen Menschen orientieren. Vor allem aber müssen sie echte, nachvollziehbare Konsequenzen haben. Nichts wäre schädlicher als Alibi-Beteiligung. In den vergangenen Monaten, in denen die grüne Bundestagsfraktion gezielt das Gespräch mit jungen Menschen gesucht hat, wurde das immer wieder deutlich. Deshalb fordern wir in unseren Anträgen, junge Menschen kontinuierlich in politische Prozesse einzubinden – zum Beispiel in Form eines Jugendrats, der die Bundesregierung bei der Gesetzgebung berät. Außerdem sollte ein verbindlicher „Jugend-Check“ für alle Politikfelder eingeführt werden, der sicherstellt, dass die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen überall zum Tragen kommen.

Foto: Breddehorst/laif

WAHLALTER ABSENKEN

Wer junge Menschen in ihren Wünschen und Forderungen wirklich ernst nimmt, darf sich nicht vor echter Teilhabe und Mitbestimmung drücken. Das geht weit über die Klimafrage hinaus. Unsere Demokratie lebt vom Gestalten, vom Einmischen und vom politischen Engagement aller Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören auch die Jugendlichen. Sie tragen mit Kreativität, Flexibilität und Mut ganz wesentlich zum gesellschaftlichen Wandel bei. Die Stimme der Jugend soll deshalb nicht bloß gehört werden, sie muss auch zählen. Daher führt für uns kein Weg an einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre vorbei. Wir vertrauen auf das Urteilsvermögen der jungen Menschen. Eine Reihe von Bundesländern hat bereits in ihren Wahlgesetzen die Beteiligung von Jugendlichen an Landtags- und Kommunalwahlen ab dem 16. Lebensjahr ermöglicht. Dieser Schritt ist auch für Bundestags- und Europawahlen überfällig. Deswegen haben wir noch im September unseren grünen Gesetzentwurf dazu in den Bundestag eingebracht, zusammen mit einem Antrag, in dem wir mehr Jugendbeteiligung fordern und konkrete Maßnahmen vorschlagen. Beide Initiativen hat die schwarz-rote Koalition abgelehnt.

DEMOKRATIEBILDUNG

Auf dem Weg in eine Gesellschaft, die junge Menschen mitgestalten lässt, wird sich auch die Institution Schule wandeln müssen. Sie ist der Ort, an dem Kinder und Jugendliche nach wie vor einen großen Teil ihrer Zeit verbringen und der sie für ihr Leben prägt. Jedoch sind starre und hierarchische Strukturen hier weiter an der Tagesordnung. Höchste Zeit, das zu ändern. Die Regelungen zur Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern gleichen heute noch einem Flickenteppich. Einheitliche Standards sucht man vergeblich. Und auch der Stellenwert der politischen Bildung im Schulalltag ist deutschlandweit sehr unterschiedlich. Demokratiebildung ist für die grüne Bundestagsfraktion aber kein optionales „Nice-to-have“, sondern zentraler Grundpfeiler des staatlichen Bildungsauftrags. Dafür muss Schule auch als Institution selbst Demokratie leben. Ganz sicher reicht es nicht, über die Farbe der Toilettenfliesen entscheiden zu dürfen. Zu einer demokratischen Schulkultur gehören echte Mitbestimmungsmöglichkeiten, zum Beispiel mithilfe selbst verantworteter Lernzeiten und Schülervertretungen, deren Stimme Gewicht hat.

ALLE MAL ZUHÖREN

Wenn junge Menschen der Politik nicht mehr vertrauen, ist es die Politik, die sich ändern muss, nicht die Jugend. Natürlich kann Jugendbeteiligung nicht bedeuten, jede Forderung der Straße sofort in Gesetzesform zu gießen. Anstatt aber altväterliche Ratschläge zu erteilen, sollten in diesen Tagen einfach alle mal zuhören. Was wir dringend brauchen, ist mehr Dialog auf Augenhöhe. Das meinen wir

mit „die Jugend ernst nehmen“. Bündnis 90/Die Grünen sind vor über 40 Jahren als außerparlamentarische und emanzipatorische Umweltbewegung gestartet. Credo war damals wie heute: Politische Prozesse müssen offener, transparenter und durchlässiger werden. Wir fordern Strukturen, in denen auch junge Menschen ihren Platz haben, gehört werden und gestalten können. Dafür setzen wir uns als grüne Bundestagsfraktion ein.

NEUE WEGE GEHEN

Und wir machen die Erfahrung, dass sich dieser Einsatz lohnt. Unseren parlamentarischen Antrag zur Jugendbeteiligung haben wir über den Sommer in einem intensiven Workshop mit über 20 Jugendvertreterinnen und -vertreter erarbeitet. Die Resonanz und das Feedback der Jugendlichen bestätigen uns darin, dass die grüne Antwort auf eine Jugend in Bewegung nur sein kann: mehr Beteiligung – und zwar überall, wo junge Menschen aufwachsen. Es ist längst bekannt, dass auch junge Menschen versierte Sachverständige und kluge politische Köpfe sein können. Geben wir ihnen die Chance, das unter Beweis zu stellen und geben wir uns die Chance, von ihnen zu lernen.

www.gruene-bundestag.de/jugendbeteiligung



KATJA DÖRNER
Stellv. Fraktionsvorsitzende



MARGIT STUMPP
Sprecherin für Bildungspolitik



BEATE WALTER-ROSENHEIMER
Sprecherin für Jugendpolitik

BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

AK EINS Wirtschaft, Finanzen & Soziales

GRÜNER WIRTSCHAFTSKONGRESS

Nachhaltigkeit ist das Geschäftsmodell der Zukunft. Für den Wohlstand von morgen müssen Ökonomie und Ökologie in einer erneuerten sozialen Marktwirtschaft miteinander vereinbar werden. Unser Wirtschaftskongress wird Ideen für den Weg dorthin aufzeigen und wie kreative, innovative und digitale Potenziale erschlossen werden können. Er schafft Raum und Gelegenheit, um zu diskutieren, sich zu vernetzen, einander zuzuhören und sich inspirieren zu lassen. Ein „Markt der Möglichkeiten“ macht sichtbar und greifbar, wie ein sozial faires und ökologisch basiertes Wirtschaften schon heute gelingen kann. Wir freuen uns, Sie und Euch am 28. Februar 2020 in Berlin zu begrüßen. Der Kongress ist eins der wichtigen Projekte unseres neuen Teams „Wirtschaft“ mit Katharina Dröge als Sprecherin für Wirtschaftspolitik, Dieter Janecek als Sprecher für Industriepolitik und digitale Wirtschaft, Claudia Müller als Mittelstandsbeauftragter und Danyal Bayaz als neuem Leiter des Wirtschaftsbeirats der Bundestagsfraktion.

www.gruene-bundestag.de/wirtschaftskongress

SANKTIONSLLOSE GRUNDSICHERUNG

Das Bundesverfassungsgericht hat am 5. November 2019 in einem Urteil zu den Sanktionsregeln im SGB II die derzeitige Ausgestaltung in Teilen für verfassungswidrig erklärt. Das Urteil ist ein Etappensieg für die sozialen Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger. Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, werden damit endlich besser vor drastischen Kürzungen ihrer Existenzsicherung geschützt. Das Bundesverfassungsgericht macht damit das, wozu der Großen Koalition seit Jahren der politische Wille fehlt. Die Koalition ist jetzt in der Pflicht, das Urteil zügig gesetzlich umzusetzen. Die Sanktionsfrage bleibt auch nach dem Urteil ein politisches Thema. Wir machen weiter Druck für eine vollständige Abschaffung der Sanktionen. Dazu hat unsere Fraktion zusammen mit der Linken im November erneut einen Antrag eingebracht. Wir fordern darin unter anderem eine deutlich verbesserte, individuelle Förderung von Langzeitarbeitslosen.

www.gruene-bundestag.de/sanktionsfreiheit

Foto: REUTERS/Dan Riedlhuber



Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr

AK ZWEI

KOMPLETTVERSAGEN BEIM KLIMASCHUTZ

Die letzten Monate wurde heiß über einen wirksamen Klimaschutz diskutiert. Und darüber, was die Große Koalition nach ihren vollmundigen Versprechen nun vorlegt. Herausgekommen ist – nichts. Gemessen an der Menschheitsherausforderung Klimaschutz ist die Bundesregierung gescheitert. Sie verspielt mit ihren völlig ungenügenden Vorschlägen eine historische Chance. Nie war der gesellschaftliche Rückhalt für wirksamen Klimaschutz größer. Dennoch wagt sie nichts, bedient weiterhin ihre Lobbys, belastet einseitig Verbraucherinnen und Verbraucher und geht die notwendigen strukturellen Schritte nicht. Mit der von Merkel strapazierten „Politik des Machbaren“ hat das nichts zu tun, vielmehr mit einer Nicht-Politik des Wegduckens. Damit steigt die Bundesregierung de facto aus dem Pariser Klimaabkommen aus. Sie nutzt die Chancen eines entschlossenen Klimaschutzes nicht, damit gefährdet sie nachhaltigen Wohlstand wie zukunftsfähige Jobs und verpasst es, die Potenziale der Wirtschaft zu heben. Statt einen wirksamen CO₂-Preis festzulegen, wartet sie bis 2021, um dann völlig unwirksame zehn Euro pro Tonne CO₂ zu erheben – die normalen Preisschwankungen an der Tankstelle sind höher. Statt den Kohleausstieg umzusetzen, stoppt sie die Windenergie mit einer neuen 1-km-Abstandsregelung. Statt einer Verkehrswende gibt es eine Ausweitung der Pendlerpauschale. Umweltschädliche Subventionen wie das Dienstwagenprivileg, die Kerosin- oder die Dieselsubventionierung werden gar nicht erst angepackt. Und das alles ist nicht nur schlecht fürs Klima, sondern auch unsozial: Die Maßnahmen zur „Entlastung“ der BürgerInnen durch EEG-Umlage, Pendlerpauschale und Wohngeld liegen gerade für untere Einkommen unter der „Belastung“ durch die neue CO₂-Bepreisung. Nach diesem Debakel ist klar: Es braucht einen neuen klimapolitischen Aufbruch einer neuen Bundesregierung. Wir werden deshalb mit den Bewegungen, mit Wirtschaft und Gewerkschaft, mit Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern eine breite Plattform schmieden, damit ein solcher Aufbruch gelingt.

www.gruene-bundestag.de/klimaschutz



Foto: Jen Osborne/Redux/taif

AK DREI

Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- & Gesellschaftspolitik

SCHUTZ SEXUELLER IDENTITÄT INS GRUNDGESETZ

Menschen, die wegen ihrer sexuellen Identität von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, sind als einzige (Opfer-)Gruppe bislang nicht im Gleichbehandlungskatalog des Artikels 3 Grundgesetz erwähnt. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck jahrzehntelanger Ausgrenzung. Diese Lücke schreibt auch in heutiger Zeit zentrale Mechanismen von Homophobie fort: Sie macht immer noch bestehende Anfeindungen und Diskriminierungen von Lesben, Schwulen und Bisexuellen unsichtbar und bagatellisiert sie. Wenn im Schulunterricht oder im Integrationskurs die grundrechtlichen Diskriminierungsverbote behandelt werden, bleiben sie unerwähnt. Das muss sich ändern. In einem gemeinsamen Gesetzentwurf mit FDP und Linken fordern wir eine Aufnahme des Merkmals der sexuellen Identität in den Gleichbehandlungskatalog. Eine solche Ergänzung strahlt in den gesellschaftlichen Alltag aus und ist auch ein Signal gegen die wieder lautstärker werdende homophobe Hetze.

www.gruene-bundestag.de/sexuelle-identitaet

INFORMATIONSFREIHEIT WEITERENTWICKELN

Das Handeln von Regierung und Verwaltung muss offener und nachvollziehbarer werden. In der proaktiven Bereitstellung von mit öffentlichen Geldern geschaffenen Informations- und Datenbeständen der Verwaltung liegt ein großes Potenzial – für bürgerrechtliche Partizipation wie auch für wirtschaftliche Wertschöpfung. Doch die Bundesregierung liefert nicht. Bei Transparenz und Nutzung der Digitalisierung für Beteiligung herrscht Stillstand. Zwischenzeitlich haben insgesamt 13 Bundesländer eigene Informationsfreiheitsgesetze verabschiedet. Diese gehen teilweise deutlich über das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) des Bundes hinaus. Deshalb fordern wir in einem umfassenden Antrag, das veraltete IFG zu reformieren und insbesondere pauschale Ablehnungsgründe zu beseitigen. Wir wollen die verschiedenen Informationsfreiheitsgesetze wie das Umweltinformationsgesetz und das Verbraucherschutzinformationsgesetz mit dem IFG bei Erhalt des jeweiligen Schutzstandards bündeln. Außerdem möchten wir einen umfangreichen und detaillierten Katalog von Anforderungen an staatliches Open Data einführen.

www.gruene-bundestag.de/transparenz

AK VIER

Internationale Politik & Menschenrechte

ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT STÄRKEN

Zivilgesellschaftliches Engagement ist der Motor einer jeden Gesellschaft, die vielseitig und bunt, keinesfalls homogen ist. Weltweit gerät die Zivilgesellschaft immer stärker unter Druck, ihr Handlungsspielraum schrumpft, wird ein „geschlossener Raum“. Wir sehen diese bedrohliche Entwicklung weltweit, in Europa und auch Deutschland. Auch Demokratien sind vor dieser Entwicklung nicht gefeit und müssen Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verteidigen. Mit unserem Antrag setzen wir uns für die Bewahrung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume und die Schaffung von Schutzräumen ein. Wir unterbreiten konkrete Vorschläge, wie man national und international die Lage von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern und für die Zivilgesellschaft verbessern kann. Dadurch erhoffen wir uns auch, auf aktuelle Debatten, wie den Verlust der Gemeinnützigkeit von NGOs oder die Kriminalisierung der Seenotrettung im Mittelmeer, Einfluss zu nehmen.

www.gruene-bundestag.de/menschenrechte

KEINE AUSHÖHLUNG DER RÜSTUNGSEXPORTKONTROLLE

Deutschland und Frankreich haben im Oktober ein Abkommen über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich beschlossen. Darin sichern sich beide Seiten zu, bei gemeinsamen Rüstungsprojekten die geplanten Exporte des anderen Staates nicht zu stoppen. Für uns geht dieses Abkommen in die falsche Richtung und dient vor allem den Profitinteressen der Rüstungsindustrie. Rüstungsexporte werden so nicht eingeschränkt, sondern es werden noch mehr Schlupflöcher geschaffen, um mehr Exporte zu ermöglichen. Eine engere Zusammenarbeit im Rüstungsbereich kann aus Kosten- und Effizienzgründen durchaus sinnvoll sein. Wer gemeinsame Rüstungsprojekte realisiert und diese an Dritte weitergeben will, braucht verbindliche gemeinsame sicherheitspolitische, Menschenrechts- und Rüstungsexportstandards. Genau die gibt es aber nicht. Jeder Partner sichert dem anderen zu, dass dieser de facto jederzeit nach eigenem Ermessen exportieren darf. Wohin das führt, sehen wir unter anderem bei Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien. Im Zweifel gehen Interessen der Rüstungsindustrie vor dem Schutz von Menschenrechten. Das ist das Gegenteil einer Verständigung auf eine wertorientierte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Die Bundesregierung verzichtet damit nicht nur auf die Einhaltung bestehender nationaler Regeln. Mit diesem bilateralen Dumpingabkommen wird auch der Aufbau eines einheitlichen europäischen Rüstungsexportkontrollregimes auf der Grundlage des gemeinsamen Standpunkts erschwert.

www.gruene-bundestag.de/ruestungsexporte

AK FÜNF

Wissen, Generationen & Gesundheit

FRAUEN VOR GEWALT SCHÜTZEN

Jeder Mensch hat das grundgesetzlich gesicherte Recht auf körperliche Unversehrtheit. Deutschland hat sich national und international verpflichtet, Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Das ist die Aufgabe von Polizei und Justiz. Hierfür müssen sie mit Frauenhäusern zusammenarbeiten können. Dafür gibt es bisher keine bundesweit gleichwertigen und bedarfsgerechten Standards. Es darf aber nicht vom Wohnort abhängen, ob Frauen gute oder weniger gute Unterstützung erhalten. Bund und Länder tragen beide die Verantwortung für eine bundesweit einheitliche Unterstützung bei geschlechtsspezifischer Gewalt. Wir fordern deshalb, dass jede Frau, die von häuslicher oder partnerschaftlicher Gewalt betroffen ist, unabhängig von Einkommen und Vermögen, Herkunftsort sowie Aufenthaltsstatus einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei Gewalt in einer Schutzeinrichtung erhält. Ganz konkret soll sie einen „Rechtsanspruch auf Geldleistung für den Zweck des Aufenthalts in einem Frauenhaus oder einer vergleichbaren Schutzeinrichtung“ erhalten.

www.gruene-bundestag.de/frauenhaeuser

KI FÜR MENSCH UND UMWELT

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine Technologie, die bereits heute viele Lebensbereiche durchzieht. Umso wichtiger, dass Politik und Gesellschaft über Anwendungsfelder sprechen, dass Standards für diskriminierungsfreie und transparente KI-Systeme entwickelt werden und ein geeigneter ethischer und rechtlicher Rahmen erarbeitet wird. Mit der Einsetzung der Enquete-Kommission KI hat sich der Bundestag dieser Aufgabe angenommen. Wir Grüne im Bundestag in der Enquete wollen die ökologischen und sozialen Potenziale dieser Technologie stärken. Der Einsatz von KI soll der gesamten Gesellschaft zugutekommt und ein souveräner Umgang mit ihr möglich werden. Auf unseren Vorschlag hin wurden Handlungsempfehlungen formuliert, die einen selbstbestimmten Umgang mit Gesundheitsdaten von Patienten fördern. Und wir haben erreicht, dass sich die Enquete-Kommission für eine Kategorisierung von KI-Systemen in Risikoklassen beim Einsatz in staatlichen Einrichtungen ausspricht und damit die Positionen der Datenethikkommission unterstützt. In der nächsten Zeit werden wir uns verstärkt den Themen Mobilität und Zukunft der Arbeit widmen.

www.gruene-bundestag.de/kuenstliche-intelligenz

& grün & GRÜNER

89/19 Wendezeiten

Wo heute die AfD fast 30 Prozent holt, begann einst die friedliche Revolution. Was viele nicht wissen: Im sächsischen Plauen demonstrierten am 7. Oktober '89 über 15.000 Menschen für Freiheit und Demokratie. Auf den Tag 30 Jahre später lud die grüne Bundestagsfraktion Schülerinnen und Schüler und weitere Engagierte aus Plauen an Runde Tische mit BürgerrechtlerInnen von damals. Die Generation, die '89 Geschichte schrieb, trifft auf junge Menschen, die das Ende der DDR nur aus Erzählungen kennen und sich heute für Klimaschutz und demokratisches Miteinander starkmachen. Zur Podiumsdiskussion am Abend in der Lutherkirche kamen über 600 Menschen und verfolgten die Diskussion mit Ex-Bundespräsident Joachim Gauck und unserer Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt sowie Aminata Touré, Vizepräsidentin des Landtags Schleswig-Holstein, dem Bürgerrechtler und ehemaligen Abgeordneten Werner Schulz und Paula Piechotta, engagierte Bürgerin aus Leipzig. Tenor: Die Demokratie, die wir damals gewonnen haben, gilt es heute erneut zu verteidigen. Wie sagte jemand so treffend: „Die Freiheit der Erwachsenen heißt Verantwortung.“

www.gruene-bundestag.de/plauen



Fotos: Christiane Gundlach



Fotos: Stefan Kaminski

EUROPEAN POWER WOMEN

Sehr viel Power und ein Touch von Glamour waren beim Parlamentarischen Abend „Frauenpower für Europa“ am 16. September in Berlin zu spüren. Franziska Brantner, Sprecherin für Europapolitik, hatte mit ihren Fraktionskolleginnen Katja Dörner und Agnieszka Brugger, beide stellvertretende Fraktionsvorsitzende, und Ulle Schauws, Sprecherin für Frauenpolitik, illustre Frauen auf die Bühne gebeten. Katrin Göring-Eckardt führte durch den Abend im voll besetzten Clärchens Ballhaus.

Die neue Europäische Kommission nimmt im Dezember ihre Arbeit auf. Der richtige Zeitpunkt also, Prioritäten neu zu setzen, Wege für Frauen in EU-Führungspositionen zu ebnen und die Gleichstellungspolitik neu zu justieren. Willkommener Anlass für die Fraktion, vorbildhafte Europäerinnen aus Politik, Wirtschaft und Kultur ins Rampenlicht zu rücken: EU-Kommissionsvizepräsidentin Margrethe Vestager und Francesca Cavallo, Autorin des Bestsellers „Good Night Stories for Rebel Girls“, die Unternehmerin Mette Lykke, die Schriftstellerinnen Jagoda Marinić und Agnieszka Graff sowie die Wissenschaftlerin Maria Pia di Nonno. Sie alle machten klar, dass die Frage „Welche Personen haben die EU geprägt?“ mit Namen wie Jacques Delors oder Robert Schuman längst nicht beantwortet ist. Es gab und es gibt sie, die Frauen, die Europa prägen! Zeit, dass sie sichtbarer werden. Margrethe Vestager brachte es auf den Punkt: „I don't want to live as a woman in a men's world. I want to live as equals in a different world!“

www.gruene-bundestag.de/power-women

Danke, Kerstin!

Am 22. Oktober hieß es: Bye-bye, Kerstin Andreae. Nach 17 Jahren im Bundestag übernimmt sie den Vorsitz der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft. Zum Abschied würdigte der Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter sie als Vorreiterin einer Ökologisierung der Wirtschaft. Die Fraktion schulde ihr großen Dank für ihre maßgebliche Mitarbeit am Konzept einer sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft. Aber nicht nur ihr Fleiß und ihre Hartnäckigkeit beim Suchen nach praxistauglichen Lösungen, auch ihre Loyalität und ausgleichende Kraft – hart in der Sache und respektvoll im Ton – wurden allseits in der Fraktion geschätzt und werden fehlen. Für sie in den Bundestag folgt Charlotte Schneidewind-Hartnagel.

www.gruene-bundestag.de/abgeordnete



Foto: Tim Meyer

TERMINE

Mehr unter:

www.gruene-bundestag.de/termine

AUS SEENOT GERETTET – UND DANN?

Fachgespräch am 13.01. in Berlin

AK 4 Koordination,

TEL 030/227 58943

ak4@gruene-bundestag.de

KLIMAFREUNDLICHE LANDWIRTSCHAFT

Konferenz zur IGW am 18.01.2020 in

Berlin, AK 2 Koordination,

TEL 030/227 59406

ak2@gruene-bundestag.de

DIGITALISIERUNG IN DER PFLEGE

Konferenz am 18.02. in Berlin

AK 5 Koordination

TEL 030/227 51066

ak5@gruene-bundestag.de

DER GRÜNE WIRTSCHAFTSKONGRESS

Konferenz am 28.02.2020 in Berlin

AK 1 Koordination,

TEL 030/227 51121

ak1@gruene-bundestag.de

PUBLIKATIONEN

Mehr unter:

[www.gruene-bundestag.de/
publikationen](http://www.gruene-bundestag.de/publikationen)

FLYER

- 19/48 Wälder mit Zukunft
- 19/47 Innere Sicherheit
- 19/44 Klimakrise stoppen
- 19/41 Lebenswerte Regionen
- 19/37 Lebenselixier Wasser
- 19/36 Engagement stärken
- 19/35 Kleine und mittlere Unternehmen
- 19/33 Artensterben stoppen
- 19/12 Natürlich gut essen

LEPORELLOS

- 19/43 Bürgernahe Polizeipolitik
- 19/34 Wohlstand neu bewerten

Bestellungen an:

Bündnis 90/Die Grünen

Bundestagsfraktion, Versand,

11011 Berlin, oder: versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie erscheint vier Mal im Jahr und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE

Tagesaktuelle Nachrichten, Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos und Newsletter auf: www.gruene-bundestag.de

UNSER NEUES VIDEO-FORMAT:

AUF LANGE SICHT

Ob Artensterben, Klimakrise oder Plastikflut. Große Themen verdienen Raum zum Nachfragen, Erklären, Einordnen. Mit dem neuen Videoformat nehmen wir uns Zeit dafür. Onlinekommunikation muss nicht nur kurz und knackig sein. Start war eine Wandertour mit Anton Hofreiter, demnächst geht`s auf die Autobahn mit Stephan Kühn.

www.gruene-bundestag.de/lange-sicht

Kommentare, Ideen und Fragen gerne auf den sozialen Netzwerken:

 twitter.com/GrueneBundestag

 [instagram.com/
gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/
Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)